

# Coop bringt den politischen Stein ins Rollen

Das Genossenschaftsrecht stammt aus dem Jahr 1936. Nun soll es reformiert werden, jedenfalls wenn es nach dem Parlament geht.

Florence Vuichard

Auf dem Papier sind die Rollen klar verteilt: Auf der einen Seite stehen die «guten», wertebasierten Genossenschaften, auf der anderen die «bösen», profitgetriebenen Aktiengesellschaften. In der Realität hingegen ist alles – wie so oft – etwas komplizierter. Denn ein Rechtskleid schützt vor Skandalen und Fehlern nicht, wie jüngst immer wieder zu beobachten war.

Die Raiffeisen-Lenker liessen die Genossenschaften nicht im besten Licht erscheinen – ebenso wenig wie die von der Migros geführten Abwehrkämpfe bei unliebsamen Alkoholfragen oder die Ambitionen des abgetretenen Mobilbar-Chefs Markus Hongler, der kein Problem darin erkennen wollte, das Präsidium des Versicherers mit jenem der Luzerner Kantonalbank zu kombinieren.

## Der Coop-Fall bringt den politischen Ball ins Rollen

Und dann war da noch der Fall Coop: Im September 2020 «hat der Verwaltungsrat in einer Nacht-und-Nebel-Aktion das Wahlreglement undemokratisch verschärft», sagt Raffael Wüthrich, der Co-Präsident vom Verein Detailwandel. Also just dann, als der Verein mit rund 1000 eigenen Kandidatinnen und Kandidaten für die Regionalratswahlen antreten wollte. Doch daraus wurde nichts: Denn plötzlich betrug die Zeit für die Unterschriftensammlung nur noch 15 statt wie bis dahin 30 Tage. Zudem wurde die Zahl der benötigten Unterschriften von 50 000 auf 150 000 verdreifacht, wobei jede Signatur neu mit der Coop-Mitgliedsnummer versehen sein muss.

Coop freilich sprach von Zufall, wollte nichts gewusst haben von den Detailwandel-Plänen. Doch der Vorfall hat die Politik auf den Plan gerufen. «Der Fall Coop ist ein sehr gutes Beispiel, das zeigt, dass die Grundidee



Das Mobilbar-Präsidium war Markus Hongler nicht genug.



Delegierte wollen über Alkohol reden, die Migros-Oberen nicht.

der Genossenschaften zunehmend pervertiert wird», sagt SP-Nationalrat Fabian Molina, der den ersten Vorstoss zum Thema eingereicht hat, der in Folge weitere Vorstösse ausgelöst hat. Die «gemeinsame Selbsthilfe» sei von rein wirtschaftlichen Überlegungen in den Hintergrund gedrängt worden. Deshalb will er das «wirtschaftsdemokratische Funktionieren der Genossenschaften» wieder stärken.

Aktiv wurde auch SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt. Der Rechtsprofessor plädiert für eine «behutsame» Modernisierung des Genossenschaftsrechts, dessen aktuelle gesetzliche Grundlage aus dem Jahr

1936 stammt. Konkret fordert Vogt mehrere technische Anpassungen wie etwa die Senkung der Mindestmitgliederzahl, die Zulassung von Partizipations-scheinen zur Kapitalbeschaffung oder etwa Klärungen in Bezug auf Dividendenauszahlungen an Genossenschafter.

Doch Vogt will mehr: Er will auch die demokratischen Mitwirkungs- und Kontrollrechte der Genossenschafter stärken. «Genossenschafter sind heute in grossen Genossenschaften weitgehend machtlos gegenüber den Leitungsgremien», sagt er. «Anders als Aktionäre von Aktiengesellschaften können sie weder zusätzliche Stim-



Der Verein Detailwandel wollte bei Coop mitreden. Ohne Erfolg.



Pierin Vincenz konnte bei Raiffeisen lenken, wie er wollte.

men hinzukaufen noch ihre Stimmrechte mit anderen Genossenschaftern bündeln, um sich Gehör zu verschaffen.»

## Das Parlament will, der Bundesrat will nicht

Vogts Vorstoss wurde von Politikerinnen und Politikern aus allen Parteien unterschrieben, weshalb er sein Anliegen in einen Kommissionsvorstoss «für ein zeitgemässes Genossenschaftsrecht» eingebracht hat: «So kommen wir schneller vorwärts.» Ein Vorgehen, dem sich auch Molina angeschlossen hat, indem er seinen Vorstoss zu Gunsten der parlamentarischen Initiative der Rechtskommis-

sion zurückgezogen hat. Das alles hat für Aufregung in der Genossenschaftswelt gesorgt.

Die Idee Coopérative, die Interessenorganisation respektive Genossenschaft für Genossenschaften, stelle sich aber nicht per se gegen Revisionen, betont Geschäftsführer Henrik Schoop: «Ob es eine Totalrevision oder allenfalls eine Teilrevision sein soll, muss aber gut überlegt sein.» Die unternehmerischen Freiheiten im flexiblen und bewährten Genossenschaftsrecht sollten möglichst erhalten bleiben. Schoop zeigt sich auch bereit, über einzelne Reformvorschläge zu reden, die zur «Stärkung des Genossen-

## 8407 Genossenschaften

In der Schweiz gibt es 8407 Genossenschaften, die sich in Bezug auf die Grösse stark unterscheiden und so vom Zürcher Kurier Veloblitz bis zu Migros und Coop reichen, den zwei grössten privaten Arbeitgeberinnen im Lande. Andere grosse Genossenschaften sind Raiffeisen, Mobilbar, Vaudoise, Mobility, KPT, Fenaco oder die Avia-Tankstellen. Insgesamt tragen die Genossenschaften laut der Organisation Idée Coopérative rund 15 Prozent zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz bei. (fv)

schaftswesens» führen könnten. Er denkt hier etwa an die Reduktion der Mindestmitgliederzahl bei der Gründung von sieben auf zwei, wie das heute etwa in Österreich und in Liechtenstein der Fall ist. Und man könne auch darüber diskutieren, den Schwellwert für die Einberufung einer Generalversammlung zu senken. «Aufgrund des Kopfstimmrechts sind die heute notwendigen zehn Prozent aller Genossenschafter eine sehr hohe Hürde», insbesondere im Vergleich mit dem Aktienrecht.

Idée Coopérative unterstützt auch SVP-Nationalrat Lars Guggisberg, der per Postulat fordert, eine Totalrevision des Genossenschaftsrechts «zu prüfen», was Molina wiederum als «Ablenkungsmanöver» taxiert. Der Bundesrat, der von allen anderen Vorstössen nichts wissen wollte, hat sich bereit erklärt, den Bericht zu erstellen. Wüthrich jedoch will nicht warten: Das geltende Gesetz schreibe bereits jetzt klare Mitwirkungsrechte für Genossenschafter vor, sagt er. Deshalb hat der Coop-Genossenschafter und «Detailwandler» Chris Zumbunn beim Zivilgericht Basel-Stadt eine Klage gegen die Änderung des Coop-Wahlrechts deponiert.

# Evergrande zieht sich nochmals aus der Schlinge

Der chinesische Immobilienkonzern Evergrande wendet eine Pleite vorerst ab. Der Rückschlag für China ist enorm.

Als niemand mehr an die Zukunft von Evergrande glaubt, greift Unternehmensgründer Xu Jiayin in seiner Privatresidenz in Shenzhen in die Tasten seines Laptops. An sämtliche 130 000 Angestellten schickt der 62-jährige ein Sammelmil, das vor Chuzpe nur so strotzt: «Ich glaube fest daran, dass Evergrande niemals aufgeben wird; und je mehr Schwierigkeiten das Unternehmen erfährt, desto stärker wird es am Ende», heisst es darin. Schon bald werde man aus den «dunkelsten Momenten» heraus sein.

Und siehe da: Gestern teilte der zweitgrösste Immobilienkonzern des Landes mit, eine Teileinigung für die heute ausstehenden Zinszahlungen erreicht zu haben. Laut Experten

soll es sich um einen Coupon in Höhe von rund 36 Millionen Dollar handeln.

Über den Berg ist Evergrande jedoch noch nicht, ganz im Gegenteil. Dafür sind die schieren Dimensionen des Schuldenbergs zu massiv: Rund 300 Milliarden Dollar sollen es sein, die das Unternehmen ausständig ist – also etwa so viel wie die Staatsschulden Griechenlands.

## Die Staatsmedien schweigen über die Pleite

Dass die Staatsmedien «Xinhua», «Global Times» und «China Daily» die Implosion des Immobilienriesen in ihrer täglichen Berichterstattung nahezu aussparen, zeigt, wie sensibel die Angelegenheit für die Zensoren ist. Zumindest «Caixin», ein

Wirtschaftsmagazin mit gewisser Narrenfreiheit, hält mit seinem Urteil nicht hinterm Berg: Alleine könne sich Evergrande nicht aus der Misere ziehen, heisst es. Caixin spricht von einer «99,99-prozentigen Wahrscheinlichkeit», dass das Unternehmen seine Zinsen im Laufe des dritten Jahresquartals nicht mehr zurückzahlen kann. Als wahrscheinlichstes Szenario gilt, dass die Regierung die Kontrolle schrittweise übernehmen wird.

«Ich glaube nicht, dass es Chinas Lehman-Moment ist, aber die Lage ist hässlich und wird noch hässlicher werden», analysiert der Sinologe Bill Bishop in seinem renommierten Newsletter. Er glaubt nicht an eine systemische Finanzkrise innerhalb der Volksrepublik, sehr

wohl aber an eine starke Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Schliesslich würde selbst die Regierung das wahre Ausmass des Schuldenbergs gar nicht kennen.

## Die meisten Chinesen investieren in Apartments

Der aufgeheizte Immobilienmarkt rast seit Jahren bereits auf einen möglichen Crash zu. Angesichts mangelnder Alternativen haben die meisten Chinesen ihr Ersparnis in Apartments geparkt, über 70 Prozent des Haushaltswohlstands sind in Immobilien investiert. Und das Bruttoinlandprodukt besteht nach wie vor zu knapp einem Viertel aus dem Bausektor – auch wenn dieser längst immer weniger Renditen bringt.

Xi Jinping hat in seinen Reden der letzten Jahre immer wieder von den drei gesellschaftlichen Übeln gesprochen, die es zu bekämpfen gilt – von der Armut im Land über die massive Umweltschmutzung bis hin zu den finanziellen Risiken der Volkswirtschaft.

Während die Regierung auf den ersten beiden Feldern deutliche Fortschritte erzielt hat, wird nun mit dem Evergrande-Desaster deutlich, dass die finanziellen Risiken in China nach wie vor immens sind.

Denn das Geschäftsmodell von Xu Jiayin beruhte von Beginn an auf Schulden, Korruption und einer bedenklichen Nähe zur Politikelite.

Fabian Kretschmer, Peking

## Die SBB bleiben in den roten Zahlen

**Verkehr** Die Coronakrise wirkte sich auch im ersten Halbjahr 2021 auf das Geschäft der SBB aus. Wie die Bahn gestern mitteilte, waren im ersten Halbjahr täglich 763 000 Passagiere unterwegs. Das sind 41 Prozent weniger als 2019. Zwar steige die Nachfrage wieder, die aktuelle Auslastung liege aber noch immer 25 Prozent unter 2019.

Der Halbjahresverlust des Konzerns beträgt 389 Millionen Franken. Zwar waren es 2020 noch 479 Millionen, trotzdem fällt der Verlust 2021 bereinigt um 30 Millionen höher aus: Denn die SBB haben vom Bund 120 Millionen Franken Unterstützung erhalten, die bereits eingerechnet sind. Ende Juni waren noch 395 000 Generalabos im Umlauf. Ein Jahr zuvor waren es 459 000 gewesen, vor zwei Jahren gar 493 000. (chm)